

LAG der freien Wohlfahrtsverbände SH e.V. | Falckstr. 9 | 24103 Kiel

An den Sozialausschuss
im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Frau Vorsitzende Katja Rathje-Hoffmann, MdLPer E-Mail an:
Sozialausschuss@landtag.ltsh.deFalckstraße 9
24103 Kiel
T: 0431-33 60 75
kontakt@lag-sh.de
www.lag-sh.deIris Janßen,
Geschäftsführerin
Anette Langner,
VorsitzendeBankverbindung:
Evangelische Bank
IBAN: DE 6552 0604 1000 0640 1805
BIC: GENODEF1EK1

Kiel, 2024-04-25

Bericht zu Suiziden und zur Suizidprävention in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

Drucksache 20/1771Sehr geehrte Frau Rathje-Hoffmann,
sehr geehrte Mitglieder des Sozialausschusses im Schleswig-Holsteinischen Landtag,

wir bedanken uns für die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme zum Bericht der Landesregierung zu Suiziden und zur Suizidprävention in Schleswig-Holstein.

Die statistischen Daten bezüglich Suiziden und Suizidversuchen in Schleswig-Holstein verzeichnen einen erfreulichen Trend: Über den Zeitraum von 2011 bis 2021 zeigt sich eine rückläufige Entwicklung sowohl bei der Sterberate durch Suizide als auch bei der Anzahl der Suizidversuche. Dennoch offenbart der Bericht der Landesregierung auch alarmierende Zahlen.

Besonders besorgniserregend ist der hohe Anteil von Mädchen und jungen Frauen an Suizidversuchen und mit Suizidgedanken im Vergleich zu anderen Altersgruppen sowie im Vergleich zu Jungen und Männern desselben Altersspektrums. Ebenfalls beunruhigend ist die auffällig hohe Zahl an erfolgreichen Suiziden bei Männern ab 50 Jahren im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Diese beiden Gruppen bedürfen daher spezieller Aufmerksamkeit und

gezielter Maßnahmen seitens der Landesregierung und aller relevanten Akteure*innen im Bereich der Suizidprävention sowie in anderen Präventionskontexten, die mit diesen Personengruppen in Berührung kommen.

Der Anstieg der Suizidalität bei jungen Frauen und Mädchen lässt befürchten, dass sich suizidales Verhalten bei diesen Personen im Verlauf ihres Lebens wiederholen könnte. Daher sollte die Landesregierung geeignete Präventionsstrukturen und Behandlungsangebote stärken oder entwickeln, um diesem Bedarf gerecht zu werden. Ebenso ist es wichtig, Präventionsstrukturen und Angebote zu stärken oder zu entwickeln, die sich auf die Bedürfnisse der über 50-jährigen Männer konzentrieren und diese niedrigschwellig erreichen. Wir bitten die Landesregierung, die Entwicklung und Finanzierung zielgruppenspezifischer und niedrigschwelliger Präventions- und Therapieangebote für diese beiden Risikogruppen zu unterstützen.

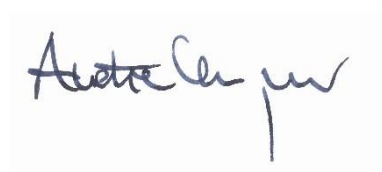
Risikofaktoren für Suizide und suizidales Verhalten umfassen unter anderem mangelnde soziale Bindungen, Abhängigkeitserkrankungen, chronische Schmerzen sowie frühere Suizidversuche innerhalb des sozialen Umfelds. Um Suizide und suizidales Verhalten effektiv zu bekämpfen, ist es daher erforderlich, den gesamten Bereich der Gesundheitsprävention und Angebote zur gesellschaftlichen Teilhabe zu stärken. Dies gewährleistet, dass den Menschen in Schleswig-Holstein adäquate und niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote für die Bewältigung von Lebenskrisen zur Verfügung stehen. Prävention und Teilhabemöglichkeiten sind entscheidend zur Verhinderung von Suizidalität und zur Rettung von Leben.

Generell sollte sich die Landesregierung intensiv um den Ausbau von stationären und ambulanten Therapiemöglichkeiten sowie um die Verkürzung der Wartezeiten für Behandlungen bemühen. Während die Verkürzung der Wartezeiten für Akutbehandlungen eine erfreuliche Entwicklung ist, sind die Wartezeiten bis zum Beginn einer Richtlinien-therapie gestiegen. Wir fordern die Landesregierung auf, ihre im Koalitionsvertrag angekündigten Anstrengungen zur Ausweitung des Angebots an ambulanten und stationären Psychotherapieplätzen zu intensivieren. Dabei sollte die Landesregierung ein besonderes Augenmerk auf die Angebotsplätze für Kinder und Jugendliche richten, die selbst in akuten suizidalen Krisen zu oft abgewiesen werden bzw. unter langen Wartezeiten leiden müssen.

Die freiwillige Förderung offener psychischer Hilfen durch die Landesregierung verdient Lob, sollte jedoch weiter ausgebaut werden. Hier bietet sich die Gelegenheit, insbesondere die beiden genannten Schwerpunktgruppen (Männer ab 50 Jahren; Mädchen und junge Frauen) verstärkt in den Fokus zu nehmen und diejenigen Angebote und Strukturen zu stärken und in die Regelfinanzierung aufzunehmen, die Menschen in Lebenskrisen auffangen und die Betroffenen bis zum Beginn einer Therapie begleiten (z.B. Erziehungs- und Familienberatungsstellen, Angebote der Lebensberatung, Suchthilfeangebote, usw.).

Wir appellieren an die Landesregierung, durch Aufklärung und öffentlichkeitswirksame Kampagnen die Stigmatisierung psychischer Krankheiten und Suizidalität zu verringern.

Mit freundlichen Grüßen



Anette Langner

Vorsitzende der LAG und Koordinatorin
des Fachausschusses Gesundheit, Prävention, Sucht und Selbsthilfe